GEMEINSAME PRESSEMELDUNG

der Managerinnen- und Expertinnen-Netzwerke zum Spitzentreffen der DAX-Vorstände bei den Bundesministerinnen und -minister am 30.3.2011

Wiesbaden, 28. März 2011 - Auf Einladung von Familienministerin Kristina Schröder wird es am 30. März 2011 zum Thema „Mehr Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft“ ein Spitzentreffen der verantwortlichen Bundesministerinnen und -minister in Berlin mit den Vorständen der 30 DAX-Unternehmen geben. Unter deren Vorstandsvorsitzenden ist keine einzige Frau. Auf Seiten der Politik hingegen sind mit den Bundesministerinnen Schröder, von der Leyen und Leutheusser-Schnarrenberger neben Rainer Brüderle mehr Frauen als Männer bei dem Gespräch vertreten! Mit einer breit angelegten Briefaktion an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses Spitzentreffens haben die großen Managerinnen- und Expertinnen-Netzwerke in Deutschland ihre Forderungen für eine gleichberechtigte Beteiligung von Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft im Vorfeld eingebracht. Dabei plädieren sie auch für eine Frauenquote, um die nötige Verbindlichkeit zu schaffen. Quoten sind auch in anderen Bereichen als ergebnissichernde Steuerungsinstrumente effektiv.

In ihrem Brief machen die Absenderinnen klar:

„Die freiwillige `Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft` aus dem Jahr 2001 hat bisher nicht den gewünschten Erfolg gezeigt. Nicht nur deshalb erwarten Frauen und ihre Organisationen nun endlich klare und verbindliche Regelungen für eine Geschlechterquotierung der Führungsebenen in Unternehmen. Diese kann sowohl im Corporate Governance Kodex ihren Ort haben wie auch in einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft. Wir fordern deshalb, dass in den kommenden fünf Jahren eine 40% Quote in Aufsichtsräten und Vorständen erreicht werden muss.

Wirtschaftsverbände, Tarifpartner, Unternehmen und nicht zuletzt die Politik tragen für diese notwendige gleichstellungspolitische Maßnahme Verantwortung. Die Bundesregierung ist aufgefordert, im Sinne von Art. 3 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes (`Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin`) einen Handlungsrahmen zu gestalten.

Dabei ist sowohl die Förderung der Gleichberechtigung als auch der wirtschaftliche Nutzen für Unternehmen darzustellen. Dazu gibt es verschiedene Anreize; so könnte z. B. auf die bevorzugte Berücksichtigung eben dieser Unternehmen bei der Ausschreibung öffentlicher Aufträge hingewiesen werden.

Zur gleichstellungsorientierten Personalpolitik gehört auch die Einrichtung von Teilzeitstellen in Führungspositionen auf allen Führungsebenen, die Männern und Frauen die Vereinbarkeit von beruflichem und familiärem Engagement erleichtern. Die vom Staat zu setzenden Rahmenbedingungen müssen diese Vereinbarkeit durch Förderung von qualifizierten Tageseinrichtungen für Kinder aller Altersstufen unterstützen. Sie sind wichtigste Voraussetzung für ein intensives berufliches Engagement beider Elternteile und damit für den Aufstieg in Führungspositionen unabhängig von überkommenen Rollenstereotypen."

Mehr Einbindung gefordert

„Wir wollen mit diesem Schreiben unterstreichen, dass es uns Business-Frauen ernst damit ist, eine gleichberechtigte Präsenz und Verantwortung in der deutschen Wirtschaft zu übernehmen und möchten dies auch öffentlich deutlich markieren. Wir sind davon überzeugt, dass es zu mehr Frauen in Führungspositionen keine Alternative gibt. Die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und demografischen Herausforderungen können nur gemeinsam von Frauen und Männern in gleichberechtigter Verantwortung in allen Bereichen bewältigt werden", sind sich die Wirtschaftsfrauen sicher. Deshalb könne über den Weg dorthin nicht einfach über die Köpfe der Frauen hinweg entschieden werden. Die Politik mache vor, wie Quotierungen zu einer gleichberechtigten Teilnahme unterschiedlicher Gesellschaftsgruppen beitragen könne: In der Politik seien inzwischen neben unterschiedlich quotierten Männern auch hervorragend qualifizierte Frauen an die Schaltstellen der Macht gelangt. Wohingegen es mit der Vielfalt in der Wirtschaft eher düster aussehe, wie die Konstellation des Spitzengespräches augenfällig untermauere.

Die beteiligten Netzwerke

Bundesverband der Frau in Business und Management (B.F.B.M.); Business and Professional Women (BPW), Connecta, erfolgsfaktor FRAU e.V., EU-Botschafterinnen für Unternehmerinnen, Deutscher Akademikerinnen Bund, Deutscher Frauenrat (DF), Deutscher Ingenieurinnen Bund (dib),Deutscher Juristinnen Bund (djb), Nürnberger Resolution für mehr Frauen in die Aufsichtsräte und Führungspositionen.

Pressekontakt:
Sieglinde Schneider | T 0611/ 40 80 610 | sieglinde.schneider@accente.de
EU-Botschafterin für Unternehmerinnen